

Aufstand der Etablierten?

Prof. Dr. Cornelia Koppetsch

Die Bundesrepublik Deutschland (und später auch das vereinigte Deutschland) schien aufgrund jahrzehntelanger wirtschaftlicher Prosperität, aber auch infolge der intensiven Aufarbeitung des NS-Erbes lange Zeit gefeit gegen ernstzunehmende Erfolge rechtspopulistischer Parteien. Der Erfolg der Partei Alternative für Deutschland (AfD) war deshalb für Viele eine Überraschung. Dabei sind es keineswegs die offensichtlich Erfolglosen und Benachteiligten, die die AfD wählen. Vielmehr stellt sich der Zusammenhang zwischen dem Wandel von Ungleichheitsordnungen und der politischen Mobilisierung von rechts sehr viel komplexer dar, als bisher vermutet.¹

Im Zentrum der folgenden Ausführungen steht die These, dass der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien durchaus als politischer Ausdruck sozialer Spaltungen verstanden werden kann. Wohlstandseinbußen spielen dabei zumeist eine untergeordnete Rolle. Vielmehr sind es Macht- und Geltungseinbußen spezifischer Gruppen in der Mittelschicht, die mit dem Verlust von bislang garantierten Privilegien gegenüber anderen Gruppen im gesellschaftlichen Rollengefüge einhergehen. Zwar hat es immer wieder Warnungen vor einer Spaltung der Gesellschaft gegeben, aber diese bezogen sich zumeist darauf, dass das untere Drittel der Gesellschaft von der Wohlstandsentwicklung abgehängt oder dass der obere und der untere Rand der Gesellschaft immer weiter auseinanderdriften würden. Doch das Erstarken der AfD zeigt, dass die Spaltungen geradewegs durch die Mitte der Gesellschaft gehen.

Rechtspopulistische Mobilisierungsthemen und neurechte Weltansichten

Im Zuge der „Flüchtlingskrise“ kam es seit 2015 zu einer Verstärkung der Kritik am „Islam“ und an der Zuwanderung. Sichtbar wird darüber hinaus eine Verknüpfung mit anderen Anti-Gleichstellungsthemen. Polemisiert wurde gegen die vorgeblich übergreifende „Political Correctness“ und die Dekonstruktion einer „heteronormativen Geschlechterordnung“ (Butler 1991) durch „sexuelle Früherziehung“, „Homoehe“ oder „Gendermainstreaming“. Dabei geht es zumeist um religiöse, sexuelle oder ethnische Minderheiten, die jeweils zu viel Aufmerksamkeit oder gar Sonderprivilegien genießen, während die „eigentlichen Probleme“ nicht angegangen würden.

Über Themen wie Modernisierungskritik, sexuelle Vielfalt, negative Migrationsfolgen und Islamkritik finden rechtskonservative, rechtspopulistische, evangelikale und weniger eindeutig positionierte Gruppen zueinander (Siri 2015). Weltanschauliches

Verbindungsglied zwischen diesen Gruppen ist die protestförmige Artikulation traditionalistischer Leitbilder, oftmals auch in expliziter Abgrenzung vom „linken Mainstream“ oder vom „linken“ Establishment. Analoge Verbindungen zu konservativen Narrativen finden sich ebenso bei anderen rechtspopulistischen Kernthemen wie „Familie“, „Patriotismus“, „Heimat“ oder der „Pflege des Christentums“. Damit soll keineswegs bestritten werden, dass zwischen rechtsnationalen, rechtskonservativen und rechtspopulistischen Orientierungen gravierende politische und konzeptionelle Unterschiede existieren, doch zeigt sich, dass konservative Narrative als übergreifende Identitätsangebote fungieren und gegen Gleichstellungs-Politiken und die „von oben“ aufgetroffene Modernisierung in Stellung gebracht werden.

Der Politikwissenschaftler Michael Freeden (2013) definiert Konservatismus als Gegenideologie zu Liberalismus und Sozialismus, den „progressiven Ideologien“ des 19. und 20. Jahrhunderts. In dieser Lesart gewinnt das neokonservative Weltbild der Rechten seine gegenwärtige Überzeugungskraft durch Abgrenzung zum „postmodernen Liberalismus“, der in westlichen Ländern seit den 1980er Jahren durch aufsteigende Mittelschichten verkörpert wird. Konstitutiv für postmodern-liberale Ideologien sind die kulturelle Öffnung und der Anspruch auf Gleichwertigkeit von Lebensformen, Identitäten und Kulturen. Demgegenüber favorisieren die unterschiedlichen rechtskonservativen, rechtsextremen

Prof. Dr. Cornelia Koppetsch

Institut für Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt

koppetsch@ifs.tu-darmstadt.de
www.ifs.tu-darmstadt.de



¹ Stark gekürzte Fassung. Der vollständige Text ist unter www.sozio.polis.de/daten/kalenderblaetter/beobachten/kultur/artikel/aufstand-der-etablierten online zugänglich. Dort veröffentlicht am 12.04.2017, zuletzt abgerufen am 10.06.2017.

Tabelle 1: Zusammensetzung der Anhängerschaft der AfD nach sozialen Gruppen (Angaben in Prozent)

	4. Quartal 2013	4. Quartal 2014	4. Quartal 2015	1. Quartal 2016
Geschlecht				
männlich	76	71	71	72
weiblich	24	29	29	28
Alter				
18 bis 24 Jahre	10	10	4	5
25 bis 34 Jahre	14	13	15	12
35 bis 44 Jahre	15	17	16	20
45 bis 59 Jahre	26	29	35	32
60 Jahre und älter	35	31	30	32
Bildung				
niedrig	27	22	21	20
mittel	35	51	54	55
hoch	38	28	24	25
Erwerbsstatus				
Berufstätig	56	58	61	63
Arbeitslos	5	4	2	3
Rentner/Pensionäre	29	26	28	27
Sonstiges	10	12	9	7
Berufsgruppe				
Arbeiter	18	20	23	26
Angestellte	63	58	56	53
Beamte	6	9	6	7
Selbständige	13	13	15	14

Quelle: Infratest dimap, jeweils kumulierte Auswertung des DeutschlandTREND und des Morgen-Magazin DeutschlandTREND: 4. Quartal 2013: N = 5.552; 4. Quartal 2014: N = 8.850; 4. Quartal 2015: N = 9.784; 1. Quartal 2016: N = 8.886. Prozentuiert auf gültige Werte. In: Niedermayer, Oskar und Jürgen Hofrichter (2016): Die Wählerschaft der AfD. Wer ist sie, woher kommt sie und wie rechts steht sie. ZParl. Jahrgang 47(2).

oder rechtspopulistischen Aktivisten kulturelle Schließungen, die die Errungenschaften der jeweiligen Wir-Gruppe – der Nation, des „Volkes“, der Kernfamilie, des Christentums etc. – gegenüber Außenseitern verteidigen wollen. Die Welt nimmt die Form eines Antagonismus an, eines Gegensatzes zwischen Innen und Außen, ingroup und outgroup, der zugleich auch ein Dualismus zwischen dem Wertvollen und dem Wertlosen ist (das Volk gegen die kosmopolitischen Eliten).

Rechte und liberale Wissensordnungen sind darüber hinaus in unterschiedlichen Zeitperspektiven verankert. Das liberale Weltbild ist in die Zukunft gerichtet und setzt auf Wachstum, Selbstüberbietung und Entgrenzung. Demgegenüber sind rechte Weltbilder auf die Vergangenheit gerichtet, sie prämiieren das „Alte“, die Tradition durch Bezugnahme auf historische Erzählungen und althergebrachte Moral-kodizes.

Verortungen rechtspopulistischer und rechtskonservativer Milieus im sozialen Raum: Abwärtsmobilität und Hysteresis

Neben dem materiellen Klassenkampf, also einem Kampf um knappe Ressourcen und Positionen, ist nach Bourdieu stets auch der symbolische Klassifikationskampf, also der Kampf um Sichtweisen und Positionierungen, zu berücksichtigen. Von dieser Perspektive ausgehend muss auch das rechtspopulistische bzw. rechtskonservative Wissensregime als Teil eines symbolischen Klassenkampfes, als Kampf um Deutungshoheiten und Denkkategorien verstanden werden. Herausgefordert wird das staatliche Deutungsmonopol des Establishments.

Für die sozialräumliche Verortung der neuen Rechten ist nun nicht in erster Linie das Volumen oder die Zusammensetzung des Kapitals, sondern die Mobilitätsrichtung maßgeblich, genauer gesagt: die relative Abwärtsmobilität im Gesamtgefüge sozialer Lagen. Abwärtsmobilität ist dabei nicht mit Prekarität gleichzusetzen, denn eine Deklassierung kann auch dann stattgefunden haben, wenn man nach wie vor ganz gut dasteht. Auch ist sie nicht auf eine spezifische Lage beschränkt, sondern kann klassenübergreifend konstatiert werden. Dabei geht es, wie gesagt, nicht allein um ökonomische Fragen, sondern um symbolische Anerkennung, Status und Macht.

Gemessen an Einkommen und Bildungsniveau weist die AfD eher eine gemischte Wählerschaft auf und ist daher – durchaus vergleichbar mit der CDU und der SPD – als eine Mittelschichtspartei einzustufen (Niedermayer/Hofrichter 2016) (s. Tabelle 1). Deutschland und die USA stellen insofern Sonderfälle dar, als der Rechtspopulismus hier stärker als in den europäischen Vergleichsländern auch von Höhergebildeten und Besserverdienenden unterstützt wird. Gleichwohl zeigt sich, dass auch in den anderen westeuropäischen Ländern rechtspopulistische Parteien die größte Resonanz nicht in der Unterschicht, sondern in der Mittelschicht, vor allem im „traditionellen Kleinbürgertum“, also bei Facharbeitern, Handwerkern und Kleinstunternehmern und bei Angehörigen einfacher Dienstleistungsberufe, finden (Inglehart/Norris 2016; Oesch 2008).

Zudem wird sichtbar, dass das populistische „Wir“, also die Anhängerschaft der neuen Rechten, kein einheitliches Milieu darstellt, sondern Wählergruppen mit unterschiedlichen Einkommensniveaus und Bildungshintergründen sowie unterschiedlichen Beweggründen umfasst. In der AfD z. B. finden sich die Protestwähler, die ihrer Partei einen Denkkzettel verpassen wollen, die wertkonservativen, traditionalisti-

schen Wähler, denen die CDU nicht mehr konservativ genug ist und die in der liberalen, postindustriellen Gesellschaft keine politische Heimat mehr finden. Es finden sich aber auch die „Wutbürger“ und die „Zurückgebliebenen“ in den de-industrialisierten Regionen Ostdeutschlands und Nordrhein-Westfalens sowie die Blogger in den sozialen Medien, die zumeist eher aus gebildeten Milieus stammen.

Was eine Mehrheit der Wähler quer durch unterschiedliche Milieus jedoch eint, ist die grundsätzliche Kritik an gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten wie auch die Einschätzung, mit dem Land als Ganzem gehe es bergab, die Zukunft der Kinder werde verspielt und die Eliten kümmern sich nicht oder seien nicht kompetent (Müller 2016). Gemeinsam ist den Anhängern also ein pessimistisches Gesellschafts- und Zukunftsbild und das Gefühl der Entfremdung von herrschenden Normen und Strukturen. Es ist das Gefühl, dass Verhaltensmaßstäbe, die für die eigene Identität und Stellung in der Gesellschaft und die gesellschaftliche Wertschätzung bislang relevant waren, nicht mehr gelten und dass der eigene Beitrag, die eigenen Leistungen nicht mehr hinreichend geachtet und gewürdigt werden (Hochschild 2016).

Derartige Entfremdungsgefühle zeigen, dass die Passung zwischen subjektiven Dispositionen und objektiven Strukturen aufgebrochen worden ist (Bourdieu 1982: 238) und bislang für selbstverständlich gehaltene Handlungsoptionen verschwinden. Da der Habitus jedoch träge reagiert und dazu tendiert, die Umstände zu erhalten oder wiederzugewinnen, in denen er reibungslos funktionieren kann, wird die Anpassung an neue Bedingungen erschwert. Der Habitus bleibt seinen Entstehungsbedingungen verhaftet. Man lebt etwa über seine Verhältnisse, kann trotz drastischer Einkommensreduktionen den freigiebigen Lebensstil nicht aufgeben oder wähnt sich nach wie vor in einer überlegenen Position, derer man allerdings längst verlustig gegangen ist. Das nennt Bourdieu „Hysteresis-Effekt“. Die Ursachen für das Nachhinken des Habitus hinter den gesellschaftlichen Umständen müssen allerdings nicht immer in individuellen beruflichen oder sozialen Deklassierungen begründet sein. Sie können auch durch Modernisierungsschübe ausgelöst worden sein. Denn in Zeiten des beschleunigten Wandels vervielfältigen sich nicht nur die Anpassungsbestrebungen, sondern auch die Trägheitsmomente. Diese zeigen sich z. B. im Überdauern klassischer Bilder von Weiblichkeit oder Männlichkeit in der Familie.

Tabelle 2: Wer hat für Trump gestimmt? (Angaben in Prozent)

	Hillary Clinton	Donald Trump
Christen		
weiße „wiedergeborene Christen“ und Evangelikale	16	81
alle anderen	59	35
Wohnort		
Städtisch	59	35
Vorstadt	45	50
Ländlich	34	62
Ethnie		
Weiß	37	58
Schwarz	88	8
Latinos	65	29
Asiatisch	65	29
Bildungsabschluss		
Highschool oder weniger	45	51
Hochschulbesuch	43	52
Hochschulabschluss	49	45
Postgraduiert	58	37
Sexuelle Orientierung		
Schwul, lesbisch, bisexuell oder transgender	78	14
Hetero	47	48
Einkommen		
Weniger als 50.000 US-Dollar jährlich	52	41
Mehr als 50.000 US-Dollar jährlich	47	49

Quelle: www.dw.com/de/wer-hat-f%C3%BCr-trump-gestimmt/a-36326686. Eigene Grafik.

Auch für den Rechtspopulismus liegt die Vermutung nahe, dass er sich aus Gruppen speist, deren inkorporierte Werte und Weltansichten in der einen oder anderen Form erschüttert worden sind. Am Beispiel der USA lässt sich zudem sehr gut zeigen, dass sich der Cleavage bei den US-Wahlen im November 2016 nicht primär am Wohlstands- und Einkommensgefälle, sondern an Fragen kultureller Hegemonie entzündet hat. Evangelikale, Christen ganz allgemein, Weiße und die ländliche Bevölkerung wählten bevorzugt Trump, während Clinton von Schwarzen (in geringerem Umfang auch von Latinos), Transgendermenschern und der städtischen Bevölkerung bevorzugt wurde. (s. Tabelle 2). Es sind somit Menschen, die einst als gesellschaftlich privilegierte „Majorität“ galten und die sich durch die Gleichstellungspolitik der kosmopolitischen Eliten an den Rand gedrängt fühlen (Inglehart/Norris 2016: 28f).

Der Hysteresis-Effekt kann darüber hinaus die Orientierung am Vergangenen in rechtspopulistischen Weltbildern erklären. Rechtspopulismus ist somit ein politischer Kampf um die Macht zur Wiederaufrichtung vergangener Gesellschaftsordnungen.

Etablierte und Außenseiter: Die Urszene rechtspopulistischer Gefühlslagen

Doch warum gehen rechtspopulistische Weltsichten mit Anti-Gleichstellungspolemik und einer aus liberaler Sicht obsessiven Beschäftigung mit „dem Islam“ einher? Die vorgebliche „Überfremdung“ durch Migranten und die „Auflösung des deutschen Volkes“ werden bekanntlich von Rechtspopulisten als Symptome gesellschaftlichen Niedergangs gedeutet.

Der neuralgische Punkt, an dem sich der rechte Zorn entzündet, ist der Umstand, dass die soziale Stellung im Verhältnis zu aufsteigenden Außenseitergruppen ins Wanken geraten ist. Es sind somit Machtkämpfe in der von Elias und Scotson (1990) untersuchten Figuration von Etablierten und Außenseitern, bei dem sich die Etablierten ein Gruppencharisma zuschreiben, während sie die unterlegene Gruppe durch Stigmatisierungen und Abwertungen in den Stand der Gruppenschande versetzen, welche die Urszene rechtspopulistischer Gefühlslagen darstellt. Die Etablierten sind als die Alteingesessenen zutiefst davon überzeugt, über besondere Befähigungen und höhere moralische Standards zu verfügen. Gleichwohl geht eine stete Bedrohung von den Außenseitern aus, deren bloße Existenz als Angriff auf ihr Wir-Bild und ihre Machtressourcen wahrgenommen wird.

Kein Zweifel kann daran bestehen, dass Abstiegswellen im Zuge der neoliberalen Transformation auch in mittleren und privilegierten Soziallagen zu Deklassierungen geführt und die Angst vor andrängenden Außenseitergruppen forciert haben. Relative Positionsverluste erleiden nicht nur traditionelle Facharbeiter und Handwerker, sondern auch Akteure in bislang privilegierten Stellungen (Drasch 2009), z. B. Akademiker, die sich nicht rechtzeitig auf die Wissensökonomien eingestellt und am Ethos ihrer Profession festgehalten haben; Juristen, Mediziner oder Pädagogen, die sich nicht in die Strukturen des New Public Management einfügen konnten oder wollten, aber auch ältere Menschen, die im Sog immerwährender „Umstrukturierungen“ in den Vorruhestand geschickt wurden und nun erkennen müssen, dass ihr Lebenswerk hinfällig wird (Littler et al. 2003). Gruppenbezogene Positionsverluste zeigen sich außerdem im Geschlechterverhältnis,

etwa im Verlust männlicher Vorrechte, wie sie ehemals durch die Rolle des Mannes als Vorstand und Ernährer der Familie verbürgt waren (Koppetsch/Speck 2015).

Von allen Gruppen sind es die altindustriellen Fraktionen der unteren Mittelschicht in den westlichen Ländern, die am sichtbarsten an Bedeutung verloren haben. In Deutschland etwa haben Prozesse der De-Industrialisierung im Ruhrgebiet und vor allem auch in Ostdeutschland zur Verarmung und Entleerung ganzer Landstriche geführt (Gornig/Goebel 2013) und einen Rechtsruck in den betroffenen Regionen nach sich gezogen. Status- und Machtverluste erlitten die altindustriellen Gruppen sowohl auf nationaler Ebene gegenüber den aufsteigenden, kosmopolitisch-liberalen Gruppen, wie auch auf internationaler Ebene gegenüber den Mittelklassen der aufschließenden BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika). Dass die führenden Industrienationen mit dem Aufstieg asiatischer Wirtschaftsmächte einen Teil ihrer vormaligen Größe eingebüßt haben, rührt daher oftmals empfindlich am Selbstwert all jener Gruppen, die ihre einstige Bedeutung und Identität den Strukturen der Industriemoderne verdankten. Das Verlangen nach Restauration der alten Ordnung entzündet sich nun häufig an den leibhaftigen Repräsentanten des Wandels, den Fremden, den Muslimen und den Flüchtlingen, denen nun die Rolle der Sündenböcke für die Verwerfungen der Globalisierung zugeschrieben werden kann.

Die Ausgrenzung und Stigmatisierung von Außenseitern allein führt allerdings noch nicht zur politischen Mobilisierung. Die Figuration der Etablierten/Außenseiter muss daher um die Rolle eines Dritten erweitert werden, wenn die Dynamik rechtspopulistischer Mobilisierung hinreichend verstanden werden soll. Der Dritte in der Figuration ist das politische Establishment. Dessen Aufgabe sollte aus der Sicht der Etablierten darin bestehen, ihre Interessen zu schützen und die alte, „gerechte“ Ordnung zu restaurieren. Doch genau dies geschieht aus der Sicht der Betroffenen nicht – im Gegenteil: Das Establishment treibe die destruktiven Kräfte der Globalisierung noch weiter voran und reiche auch noch den Außenseitern, nicht den „eigenen Leuten“, die Hand, gebe den Flüchtlingen günstigen Wohnraum, Sozialleistungen und mahne obendrein noch zu Rücksichtnahme. Die Betroffenen fühlen sich nun vom „System“ verraten, da nicht einmal die Regierung auf ihrer Seite zu stehen scheint. Daraus resultiert auch der populistische Hass auf das Establishment. Indem die kosmopolitischen Eliten fordern, Migranten oder Flüchtlinge „gut“ zu behandeln und Frauen oder Homosexuelle nicht zu diskriminieren,

statt die Interessen der eigenen Gruppe zu schützen, begehen sie aus ihrer Sicht Verrat an den Etablierten.

Ob Ressentiments durch rechtspopulistische Parteien auch tatsächlich erfolgreich geschürt bzw. bedient werden können, hängt davon ab, ob die jeweils stigmatisierten „Außenseiter“ als Konkurrenten um gesellschaftliche Machtpositionen, Arbeitsplätze, Wohnraum oder staatliche Zuwendungen wahrgenommen werden. In männlich dominierten Berufen werden z. B. oftmals Frauen als Außenseiter wahrgenommen. Es erklärt auch, warum Flüchtlinge vor allem in strukturschwachen Regionen Deutschlands, in denen Menschen mit höherer Wahrscheinlichkeit staatliche Transferleistungen erhalten und somit auf die Zuweisungen aus öffentlichen Kassen angewiesen sind, stigmatisiert werden. Hier gewinnt die Frage, wer überhaupt dazu gehört, also wer zur staatlichen Unterstützung überhaupt berechtigt ist, eine zentrale Bedeutung.

Versucht man in dieser Weise den unerwarteten Erfolg der Rechtspopulisten im Kontext der Transformation von Klassengesellschaften im 21. Jahrhundert zu deuten, wird sichtbar, dass es in den politischen Kämpfen dennoch weniger um Verteilungs- als um Kulturkonflikte, d. h. um Auseinandersetzungen um Weltansichten, vor allem zwischen auf- und absteigenden Gruppen geht.

Doch nicht alle Menschen, deren Status durch soziale/berufliche Abstiege oder Modernisierungsschübe bedroht ist, erliegen der rechtspopulistischen Versuchung. Wovon hängt das im Einzelnen ab? Der Unterschied besteht in einer milieuspezifischen Deutung sozialer Statuskonflikte und Erfahrungen des Scheiterns. In liberalen Milieus werden Deklassierungen als individuelles Versagen gedeutet und empfunden. Tief im Inneren ist die Überzeugung vorherrschend, dass individuelle Defizite, etwa mangelnde Fähigkeiten oder Fehlentscheidungen, zum Misserfolg geführt haben müssen.

Ein völlig anderes Bild zeigt sich, wenn die Betroffenen den Eindruck gewinnen, dass sie nicht allein, sondern als Teil einer bislang etablierten Gruppe oder gar als Teil einer gesellschaftlichen Mehrheit von Deklassierungen, Status- oder Geltungsverlusten betroffen sind. Persönliche Abstiegsenerfahrungen werden dann weniger als individuelles Scheitern, sondern eher als Symptom eines gesamtgesellschaftlichen Niedergangs gedeutet. Diese Haltung erlaubt, am eigenen Gruppencharisma festzuhalten und die Wiederaufrichtung der „Gruppenehre“ zu fordern. Unter dem Dach der propagandistischen Leerformel „Wir sind das Volk“ können ganz unterschiedliche Statusprojekte adressiert werden: die männliche Ehre, die Würde der Arbeiter oder der Landbevölkerung, die Privilegien der autochthonen Deutschen oder der weißen Amerikaner, die entwertete Berufsehre oder auch die in Ostdeutschland häufiger problematisierte „Heimat“. ■

Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/LR0217-Literatur-Koppetsch.pdf

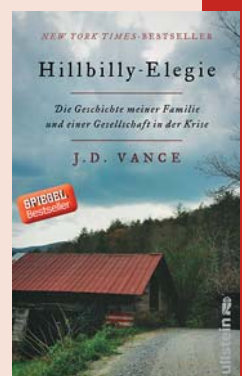
Hillbilly-Elegie

J. D. Vance. *Aus dem Amerikanischen übersetzt von Gregor Hens. Ullstein, Berlin 2017, 304 S., ISBN 978-3-550-05008-4, 22,00 €.*

Armut und Chaos, Hilflosigkeit und Gewalt, Drogen und Alkohol: Genau in diesem Teufelskreis befinden sich viele weiße Arbeiterfamilien in den USA. Aus der Perspektive des „Überlebenden“ beschreibt J. D. Vance, Absolvent der Elite Universität Yale, anschaulich die oft schwer erträgliche Geschichte seiner aus den Bergen der Appalachen stammenden Familie. Eine zentrale Rolle spielt die Großmutter, die dafür sorgte, dass ihr Enkel nicht auf die schiefe Bahn geriet, aber ihren Ehemann mit Benzin übergoss und anzündete. Geschrieben in der Amtszeit Barack Obamas, fällt der Name Donald Trumps nicht.

Das Buch ist, insbesondere weil nicht vornehmlich die Ärmsten Trump gewählt haben, auch nicht als Erklärung für dessen Wahlsieg geeignet. Sehr gut nachvollziehbar wird jedoch, weshalb sich die beschriebenen Hillbillys, die Hinterwäldler, an Obamas Ausdrucksweise und Habitus stören und sich in der Sprache Trumps wiederfinden. Obwohl das Buch im Kern eine Sozialreportage ist, formuliert der 32-jährige Autor keine Forderungen. Ganz konservativ und us-amerikanisch schreibt Vance „Die Politik kann uns unterstützen, aber keine Regierung der Welt kann diese Probleme für uns lösen.“ Familienehre, Religion und Vaterlandsliebe sind die Werte, die seiner Meinung nach in der Hillbilly-Kultur verloren gegangen sind und zurückgewonnen werden müssen. ■ ba

LESETIPP!



FES-Mitte-Studie 2016:

Rechtspopulismus im ländlichen Raum

Prof. Dr. Beate Küpper

Neben den sich in Großstädten formierenden PEGIDA-Bewegungen gerieten und geraten beim Thema Rechtspopulismus gerade kleinere Städte und der ländliche Raum immer wieder in die Schlagzeilen. Der Beitrag gibt einen kurzen Überblick über die Befunde der Mitte-Studie 2016 der Friedrich-Ebert-Stiftung (Zick/Küpper/Krause 2016¹) zur Verbreitung rechtspopulistischer, rechts-extremer und neurechter Einstellungen in Deutschland mit einem Blick auf mögliche Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Regionen.²

Verbreitung rechtspopulistischer, rechts-extremer und neurechter Einstellungen

In der FES-Mitte-Studie 2016 teilen 20 % der deutschen Bevölkerung eindeutig ein rechtspopulistisches Einstellungsmuster und sogar 40 % tendieren in diese Richtung. Erfasst wurden rechtspopulistische Einstellungen (Zick/Küpper/Krause 2016) über

- das Ausmaß von Demokratiemisstrauen, das sich in kritischen bis feindselig-pauschalisierenden Äußerungen gegen Politiker, Parteien und demokratische Prozesse richtet,
- einen aggressiven Law-and-Order Autoritarismus, der härtere Strafen und ein härteres Vorgehen gegen Außenseiter und Unruhestifter fordert, sowie
- pauschale Abwertungen von Eingewanderten, Muslimen, Asylsuchenden und Roma, die sich zusammen mit weiteren Abwertungsphänomenen wie Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und Sexismus unter dem Terminus der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zusammenfassen lassen (Heitmeyer 2002 – 2011).

Außerdem wurden harte, rechtsextreme Einstellungen in sechs Komponenten erfasst (Decker/Brähler 2006): Verharmlosung des Nationalsozialismus, Befürwortung einer Diktatur unter einem autoritären

Führer, nationaler Chauvinismus, Sozialdarwinismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus. Insgesamt teilen heutzutage nur noch knapp 3 % der Bevölkerung solche offen rechtsextremen Einstellungen. Allerdings ist der Anteil jener, die hier zustimmen, in Ostdeutschland von 2,5 % in 2014 auf knapp 6 % in 2016 wieder angestiegen, im Westen liegt er stabil niedrig bei nur gut 2 %. Und noch etwas lässt sich sowohl bei rechtspopulistischen als auch rechtsextremen Einstellungen beobachten: Die Meinung ist polarisiert. Während die große Mehrheit eindeutig demokratisch empfindet und sich für soziale und kulturelle Vielfalt ausspricht (und dies 2016 sogar noch deutlicher als 2014), positioniert sich eine nicht ganz kleine, aber laute Minderheit dagegen. So stimmen in 2016 z. B. 56 % der Befragten der klar rechtsextrem konnotierten Aussage: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ überhaupt nicht zu, weitere 10 % stimmen eher nicht zu. Auf der anderen Seite stimmen aber auch immerhin 14 % dieser Aussage voll und ganz zu, 9 % tun dies „überwiegend“ (11 % antworteten mit teils-teils).

Während der laute Rechtspopulismus und insbesondere der harte Rechtsextremismus einfach zu dechiffrieren sind und daher auch von vielen abgelehnt werden, lässt sich inzwischen ein leises Einsickern neurechten Gedankenguts beobachten. Zurückgehend auf die intellektuell und strategisch geschickt operierende sog. „Neue Rechte“ wird hier bis vor Kurzem noch Udenk- und Unsagbares langsam (wieder) salonfähig und auf modernisierte Weise wird über Begrifflichkeiten wie „Identität“ und „Widerstand“ alte völkische Ideologie – jetzt elegant als „Ethnopluralismus“ bezeichnet – bis in seriöse Medien und dann auch die breite Bevölkerung hinein transportiert (dazu Langebach/Raabe 2016).



Prof. Dr. Beate Küpper

Mercator Fellow, Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen, Hochschule Niederrhein

Beate.Kuepper@hs-niederrhein.de
www.hs-niederrhein.de/sozialwesen

¹ Die Studie wurde unter Leitung von Andreas Zick vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld durchgeführt und ist als repräsentative Bevölkerungsbefragung mit rund 2 000 Personen ab einem Alter von 16 Jahren angelegt, die telefonisch interviewt wurden. Die Befragung wurde vom Sozialwissenschaftlichen Umfragezentrum GmbH unter Leitung von Prof. em. Frank Faulbaum im Dual-Frame-Verfahren (70 % Festnetz / 30 % Mobiltelefon) durchgeführt.

² Der Beitrag beruht in Teilen auf bereits veröffentlichten Publikationen der Autorin.

28 % der Bevölkerung stimmen in der FES-Mitte-Studie 2016 neurechten Einstellungen zu (Küpper/Häusler/Zick 2016). Beispielsweise meinen 40 % der Befragten „Die Deutsche Gesellschaft wird durch den Islam unterwandert“ (wobei de facto nur 5–7 % der Bevölkerung muslimisch sind). Verbreitet ist auch die Unterstellung, die „Meinungsfreiheit“ werde beschnitten. So behaupten 28 % „In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen“. Das, was als „freie Meinungsäußerung“ reklamiert und eingeklagt wird, entpuppt sich jedoch nicht selten als purer Rassismus. Die Gefährlichkeit solcher Einstellungen wird in ihrer Nähe zu Gewaltbereitschaft und damit auch zum Rechtsextremismus deutlich: 48 % der Befragten stimmen zumindest teils-teils oder sogar eher bzw. voll und ganz der Aussage zu: „Die Wut der Bürger auf die Zuwanderung ist absolut verständlich“, 14 % geben an „Ich bin bereit, mich mit körperlicher Gewalt gegen Fremde durchzusetzen“.

Sind rechte Einstellungen im ländlichen Raum besonders verbreitet?

In der soziologischen Literatur gilt der ländliche Raum als besonders anfällig für Fremdenfeindlichkeit. Zurückgehend auf Park (1916) und Durkheim (1893/1977) wird argumentiert, auf dem Land sei es aufgrund der geringeren „Masse“ schwieriger, mit Menschen aus unterschiedlichen Gruppen in Kontakt zu kommen. Aus der sozialpsychologischen Vorurteilsforschung ist wiederum der Kontakt als ein wichtiger Faktor bekannt, der vor Vorurteilen schützt bzw. hilft, Vorurteile abzubauen (Pettigrew/Tropp 2008). Im ländlichen Raum fallen „Fremde“ zunächst einmal viel leichter auf, hinzu kommt ein stärkerer Zwang zur Konformität – weil das Ausweichen nicht so einfach möglich ist –, der sich in eine Neigung zum Autoritarismus übersetzen lässt. Ein weiterer Grund für die höhere Fremdenfeindlichkeit ist die starke Abwanderung von besser qualifizierten und oft auch besser gebildeten Personen gerade aus den ländlichen Regionen im Osten nach der Wende. Zurückgeblieben sind vor allem ältere, weniger gut gebildete, sich abgehängt und politisch machtlos fühlende Menschen, die also Merkmale tragen, die üblicherweise mit einem höheren Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit einhergehen und die zudem ein Klima schaffen, das Fremdenfeindlichkeit wahrscheinlicher macht (Petzke, Endrikat, Kühnel, 2006).

In der Mitte-Studie 2016 sind rechtspopulistische, rechtsextreme und neurechte Einstellungen auf dem Land z. T. zwar signifikant stärker ausgeprägt, aber – das muss betont werden – der Unterschied zwischen Stadt und Land ist dabei nicht sehr groß (hierfür wurden die Daten nach Gemeindegröße analysiert³). Es zeigt sich vor allem ein nahezu linear ansteigendes Ausmaß von Autoritarismus und Feindlichkeit gegen „Fremde“, je kleiner die Gemeinde wird. Dies gilt vor allem für die klassische Fremdenfeindlichkeit und die Abwertung von Asylsuchenden, in der Tendenz auch für die Abwertung von Muslimen, die in Großstädten, in denen besonders viele Muslime leben, am wenigsten weit verbreitet ist, während die Abwertung von Sinti und Roma tendenziell in größeren Städten etwas weiter verbreitet ist als auf dem Land. Auch der Glaube an eine Islamverschwörung steigt, je kleiner die Gemeinde ist. Vor allem eine kritische Haltung gegenüber der Europäischen Union und eine damit verbundene Forderung nach nationaler Rückbesinnung ist auf dem Land weiter verbreitet als in größeren Städten.

Befragte, die auf dem Land wohnen, sympathisieren indes nicht wesentlich häufiger mit der AfD als Einwohner/-innen kleinerer und mittelgroßer Städte. Auf dem Land und in Städten bis 100 000 Einwohnern lag zum Zeitpunkt der Befragung im Sommer 2016 der Anteil von Befragten, die sich vorstellen könnten, die AfD zu wählen, bzw. die schon einmal daran gedacht haben, diese Partei zu wählen, bei ca. 11 %; in größeren Städten ab 100 000 Einwohnern bei knapp 8 %. Nur in Großstädten ab 500 000 Einwohnern ist deren Anteil mit knapp 4 % deutlich geringer.

Hinschauen, wenn sich rechtspopulistische Einstellungen verbreiten

Ob pauschale Beschimpfung von Eliten, Verachtung für langwierige demokratische Prozesse oder mal offen, mal subtil – z. B. über die Behauptung unüberwindlicher kultureller Unterschiede – daher kommende Abwertungen von diversen sozialen Gruppen: Der demokratischen Verfasstheit – und dazu gehört im Kern die Gleichwertigkeit in Verschiedenheit – droht nicht nur vom lauten, leicht erkennbarem Rechtspopulismus Gefahr, sondern mehr noch durch sein leises Einschleichen im vermeintlich bürgerlichen Gewand. ■

Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/LR0217-Literatur-Kuepper.pdf

³ Für die Auswertung nach Gemeindegröße standen nur die Daten der Befragten, die über das Festnetz erreicht wurden, zur Verfügung (70 % der Gesamtstichprobe, n = 1 466). Die über das Festnetz erreichten Befragten unterscheiden sich im Ausmaß von rechtspopulistischen, rechtsextremen und neurechten Einstellungen nicht signifikant von jenen, die nur über Mobilanschluss verfügen und über das Handy erreicht wurden (30 % der Gesamtstichprobe, n = 430). Befragte, die nur über einen Mobilanschluss verfügen, sympathisieren etwas und signifikant häufiger mit der AfD als Befragte mit Festnetz (14 vs. 9 %).

Was begründet rechtspopulistische Wahlerfolge in ländlichen Räumen?

Prof. Dr. Titus Simon

Wo die demokratischen und zivilgesellschaftlichen Instanzen in Folge wirtschaftlicher und sozialer Erosionsprozesse geschwächt wurden und Menschen von der oft propagierten demokratischen Wertegemeinschaft in ihrem konkreten Alltag nichts (mehr) wahrnehmen, ist der Boden für ein Erstarren des Rechtsextremismus und – in Deutschland weitaus später als in anderen europäischen Ländern – des Rechtspopulismus wohlbereitet. Dies gilt keineswegs ausschließlich, aber vermehrt für ländliche Räume und am stärksten in solchen, in denen es für jüngere Akteure der Zivilgesellschaft aus wirtschaftlichen, aber auch aus Gründen des „sozialen Klimas“ keine oder zu gering entwickelte Haltefaktoren gibt.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus wird zur anhaltenden Aufgabe

In Erweiterung der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist es mit Blick auf den aktuellen Zustand unserer Gesellschaft zwingend geboten, den Rechtspopulismus als langfristige Herausforderung zu betrachten. Ein „Aufatmen“ nach den Wahlen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, wo die Alternative für Deutschland (AfD) im Frühjahr 2017 ihre gesetzten Wahlziele, abgesehen vom Einzug in die jeweiligen Landtage, deutlich verfehlt hat, ist unangemessen. Es genügen mittlerweile geringfügige Anlässe, um dem Populismus eine offene Bühne zu bereiten und die Wahlchancen der AfD wieder zu erhöhen. Dass trotz chaotischen parteiinternen Vorgängen und unzulänglichen programmatischen Vorlagen weiterhin mit

einem soliden Sockel an Wählerstimmen gerechnet und damit auch ein Fortbestand der Partei erst einmal garantiert ist, hat mehrere Gründe:

- Aus unübersichtlich gewordenen globalen Zusammenhängen resultierende Verunsicherungen schaffen in Verbindung mit einer unüberschaubaren Informationsflut eine vermehrte Bereitschaft zur Übernahme von Erklärungen, Positionen und Bildern, die für möglichst rasche emotionale Entlastung sorgen. Gerade im Kreis derer, die sich mehr als andere vom Gemeinwesen und ihren Repräsentanten geschützt und versorgt sehen möchten, sind diese Entlastungsbedürfnisse ausgeprägt. Dies gilt noch vermehrt für unselbständige, Risiken scheuende, unsichere Menschen. Bezüglich der medienverstärkten „Gefühlsaufwallungen“, der abnehmenden Orientierung

an den Repräsentanten des „Systems“ und der wachsenden Macht der plausibel aufgemachten unwahren und verfälschten Botschaften steht unsere Gesellschaft erst am Anfang einer bedeutenden Entwicklung.

- Erstmals scheinen sich mit PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes), ihren lokalen Ablegern und der AfD auch in Deutschland nebeneinander außerparlamentarische und parlamentarische Kräfte zu etablieren, die zumindest vorübergehend die traditionellen rechtsextremen Parteien überflügeln.
- Der AfD ist es trotz großer Krisen und der Abspaltung ihres gemäßigten Flügels gelungen, seit 2014 in alle Landtage einzuziehen, die neu gewählt wurden. Auch wenn die Partei gerade in ostdeutschen Großstädten beachtliche Ergebnisse erzielt hat, existiert mit Blick auf die gesamte Bundesrepublik bei den Wahlergebnissen ein deutliches Land-Stadt-Gefälle.
- Damit erreicht eine Entwicklung Deutschland, die in anderen Ländern Europas be-



Prof. Dr. Titus Simon

Hochschullehrer i. R., lehrte zuletzt an der Hochschule Magdeburg-Stendal, vermehrt schriftstellerisch und publizistisch tätig

titus.simon@gmx.de
www.titus-simon.de

reits seit vielen Jahren nicht nur spürbar geworden ist, sondern bei der Rechtspopulisten, wie z. B. in Finnland, Ungarn, Polen und Italien, entweder an Regierungen beteiligt sind bzw. waren, oder, wie z. B. in Dänemark, selbst als Oppositionspartei maßgeblich die Landespolitik beeinflussen.

- Eine große Bedeutung kommt dem Umstand zu, dass die Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus unscharf sind. Damit ist es auch schwieriger geworden, klar zu bestimmen, was noch berechnete oder wenigstens zulässige Kritik – etwa an der aktuellen Flüchtlingspolitik der Bundesregierung – darstellt und wo bereits gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beginnt.

Unruhe und Verunsicherung innerhalb demokratischer Gesellschaften produzieren Ungeduld und Unzufriedenheit (Kuleba, Mühlhausen 2015: 6), aber auch – wie in der jüngsten Zuwanderungskrise – Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft oder gar der Demokratie als Staatsform. Werner A. Perger (erstmalig 2009) verweist auf den in der Politikwissenschaft gebräuchlichen Begriff der „democracy fatigue“. Gemeint sind damit eine Art der Übermüdung und ein in Teilen der Bevölkerung wachsendes Desinteresse an der Demokratie:

„Die Enttäuschten, die sich oft auch betrogen fühlen, fordern (...) Veränderungen, mehr Effizienz, und das heißt häufig auch: straffere Führung, stärkere ‚Führer‘, mehr Entschlossenheit und

Machtworte, wie sie nicht gerade demokratiertypisch sind“ (ebd.).

Ein besonderes Kennzeichen des Rechtspopulismus ist die Emotionalisierung von Politik. Eine daraus resultierende Rückkoppelung entsteht dadurch, dass der Populismus den Frust und die Emotionalisierung seiner Anhänger weiter aufheizt, ohne tatsächlich Abhilfe schaffen zu können.

Die genannten Gründe haben in der Vergangenheit zum Erstarren des Rechtsextremismus beigetragen und gelten unverändert als Ursachen für den wachsenden Rechtspopulismus. Studien, wie etwa die zehnteilige Analyse „Deutsche Zustände“ (Heitmeyer u. a. 2002 ff.) belegen, dass das Verlangen nach autoritärer Führung weit über das Wählerpotenzial der Rechtsextremen hinausgeht und nun vermehrt Nichtwähler mobilisiert, die sich vom brachialen Stil der NPD und ihrer Umfeldorganisationen abgestoßen fühlen.

Die schrille Vielfalt des Rechtspopulismus

Eine Studie der TU Dresden widerlegt einmal mehr die falsche Annahme, wonach sich die Anhängerschaft des Rechtsextremismus bzw. des Rechtspopulismus vor allem aus dem Kreis deklassierter Jugendlicher, Arbeitsloser und Kleinrentner speist. Der Politikwissenschaftler Hans Vorländer (2015) hat die schwierige Aufgabe bewältigt, der Frage nachzugehen, welche Personenkreise sich an den Dresdener „Montagsdemonstrationen“ von PEGIDA beteiligen.

Zwischen PEGIDA- und AfD-Anhängern gibt es Überschneidungen. Und vor allem 2016 stand für beide Organisationen die massive Kritik der „Überfremdung“ im Vordergrund.

Dabei wird oft übersehen, dass die AfD derzeit noch keine gefestigte Partei ist. Derzeit weist sie noch mehrere Flügel auf:

- Die ursprünglich dominierende neoliberale eurokritische Strömung ist stark geschrumpft und wird heute von einem kleinen Kreis um Jörg Meuthen repräsentiert.
- Interessant ist, dass dieser und sein Umfeld dennoch mit den Rechtsaußen seiner Partei kooperieren.
- Dann gibt es die Nationalkonservativen, deren Staatsverständnis im 19. Jahrhundert wurzelt. Zu diesen zählt beispielsweise der brandenburgische Vorsitzende Gauland.
- Verschiedene Gruppen konservativer Christen („Evangelikale“) finden sich in der Islamfeindlichkeit, im Versuch, ein antiquiertes Familienbild zu bewahren und in der Ablehnung nichtkonventioneller sexueller Orientierungen. Eine typische Vertreterin ist Frauke Petry.
- Brückenbauer nach rechts: Schließlich gibt es vor allem in den ostdeutschen Ländern Gruppen und Einzelpersonen, die regelmäßig die Grenze zum Rechtsextremismus überschreiten. Zu diesen gehören etwa André Poggenburg, Björn Höcke und Hans-Thomas Tillschneider, der sich offen für eine Zusammenarbeit mit der Identitären Bewegung einsetzt.

Was macht ländliche Räume besonders anfällig?

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keinen einheitlichen ländlichen Raum. Das Spektrum reicht von ballungsraumnahen „Schlafdörfern“ über eine abnehmende Zahl typischer, von kleiner und mittlerer Landwirtschaft geprägter Gemeinden, solchen – meist in Nord- und Nordostdeutschland sowie in Teilen Mitteldeutschlands gelegenen –, in denen wenige landwirtschaftliche Großbetriebe dominieren, bis hin zu „sterbenden“ Dörfern in Zonen, die wir als „prekäre ländliche Räume“ bezeichnen. Sie sind gekennzeichnet von Abwanderung, Überalterung, schrumpfender sozialer Infrastruktur, geringeren Wohnstandards und fehlender Finanzkraft, nicht zuletzt auch aufgrund unzureichender oder fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten. Durchmischungen zwischen Alteingesessenen und Neubürgern sind geringer.

Zu deren Besonderheiten gehören die großen Entfernungen

zwischen den Orten einerseits und die große Nähe bzw. Sozialkontrolle innerhalb der Orte andererseits. Besonders der letztgenannte Punkt führt häufig zur Tendenz der Homogenisierung der Dorfgemeinschaft und zur Abwehr unkonventioneller Lebensstile. Hinzu kommt die Skepsis gegenüber sog. Experten von außen. Becker und Hafener (2012) beschreiben die Wirksamkeit lokalistischer Orientierungen, die im ländlichen Raum noch stärker ist als in relativ anonymen urbanen Siedlungen. Die Verpflichtung gegenüber ihren Nächsten leitet sich aus einer „Nahmoral“ ab, was wiederum einen höheren Konformitätsdruck erzeugt. Daraus erklärt sich auch der Sachverhalt, dass ein von außen – durch „Fremde“ – an dörfliche Gemeinwesen herangetragener Rechtsextremismus sich schwer tut, dort Fuß zu fassen. Wenn es den Rechtsextremen allerdings gelingt, sich als integriert und seriös angepasst darzustellen und dabei auch die Rolle des „lokalen Kümmerers“ gepflegt wird, greift

vielerorts eine „Schweigespirale“, was dazu führt, dass diejenigen, die diese Positionen nicht teilen, sich nicht mehr wahrnehmbar artikulieren (ebd.: 150). Diese Wirkmechanismen gelten für Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen.

Die unterentwickelten Dörfer besitzen – außer eventuell noch günstigen Immobilienpreisen – wenig Anziehungskraft für besser gebildete und junge Familien.

Die Pluralisierung der Lebenslagen und die zunehmende Mobilität bricht die „Geschlossenheit“ von Dörfern zunehmend auf. Diese existiert allerdings in den peripheren, strukturschwachen ländlichen Sozialräumen noch in stärkerem Maße weiter als in Gemeinden mit einer dynamischen Entwicklung. In Dörfern mit starker Ab- und nur geringer Zuwanderung halten die „Verbliebenen“ noch häufig das „geschlossene System Dorf“ aufrecht. Zugezogene bleiben über Jahrzehnte „Fremde“ oder „Neue“. Familien- und Nachbar-

LESETIPP!

Schweigen heißt Zustimmung

Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen, Aktualisierte Arbeitshilfe

Bund der Deutschen Landjugend (Hrsg.). Berlin 2017, 260 S., ISBN 978-3-00-055217-5, kostenlos als download oder gegen Portokosten beim Bund der Deutschen Landjugend zu beziehen.

Die im Auftrag des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL) von Professor Dr. Titus Simon und seinem Team von der Hochschule Magdeburg erstellte Aktualisierung einer 2008 vom BDL herausgegebenen Studie zu Rechtsextremismus in ländlichen Räumen nimmt die Entwicklungen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in den Blick und stellt sich offensiv gegen eine schleichende Vereinnahmung der Dörfer durch Rechtsextreme. Das Buch enthält – neben der Darstellung des

Rechtsextremismus im Kontext der Moderne – Ergebnisse empirischer Studien im ländlichen Raum und einen Überblick über rechtsextreme Organisationen und Aktivitäten. Diese werden durch „Erkennungshilfen“ für Symbole, Musik und Kleidung ergänzt – Bomberjacken und Springerstiefel sind heute eher out. Ein wichtiger Teil der Studie sind Handlungsanforderungen und Handlungsansätze gegen Rechtsextremismus. „Gerade die lokalen prominenten Köpfe müssen klar Haltung beziehen. Gemeinsam mit Vereinen, Verbänden, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen muss ein gemeinsames Vorgehen abgestimmt und umgesetzt werden“, so Prof. Titus Simon. Ein Exkurs zum Rechtspopulismus rundet das Buch ab. ■ ba



schaftsstrukturen prägen das kommunale Leben. Offensive Einflüsse von außen werden – etwa bei der Auseinandersetzung um lokale rechtsextremistische Vorfälle – als unnötig oder anmaßend zurückgewiesen.

Innerhalb dieser „geschlossenen Dörfer“ dominieren kommunale Diskursführer. Diese müssen nicht mit den gewählten politischen Repräsentanten übereinstimmen (ebd.). Manchmal wird eher dem Schulleiter, dem Bäcker oder dem Vorsitzenden des Faschingsvereins zugehört. Der Bürgermeister wurde mancherorts nur gewählt, weil es keinen anderen Kandidaten gab oder der Gegenkandidat noch unbeliebter war.

Typisch für viele ländliche Kommunen ist auch der die Öffentlichkeit meidende Umgang mit Konflikten. Es wird meist Wert darauf gelegt, Konfliktlösungen unter sich auszumachen. Externe Dritte sind dabei häufig ebenso ungern gesehen wie staatliche Repressionsorgane.

Die ländlichen Räume Europas und Deutschlands sind nunmehr seit Jahrzehnten einem spürbaren Wandel unterworfen. Homogene und strukturell ländliche Sozialräume gibt es als Folge globaler, nationaler und endogener Entwicklungen nicht mehr – besser noch – es hat sie wohl seit Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr gegeben. Das Zusammenspiel von immanent in den ländlichen Räumen verankerten endogenen Konfliktpotenzialen und Strukturdefiziten und den globalen „externen“ Entwicklungstrends führt zu deutlichen Brüchen und spaltet die ländlichen Räume. Die Erfolge rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien resultieren in ländlichen Räumen unverändert daraus, dass rechte Ideologien an Fragmenten traditioneller Werthaltungen anknüpfen, die auf dem Lande stärker präsent sind: Konventionalismus, Autoritarismus, Homophobie bis hin zum Rassismus. Vielerorts hat sich über Jahre hinweg ein lokaler ländlicher – gemeinsam geteilter – gesellschaftlicher Sozialisationsraum entwickelt, in dem

eine affektive Gestimmtheit für rechte Mentalitäten, Stereotypen und Vorurteile vorherrscht (bereits: Hafenecker 2006: 35).

Ein Fazit

Schaut man auf die gesamte Karte der Bundesrepublik Deutschland, sind Rechtspopulisten in ländlichen Räumen erfolgreicher als in urbanen Zonen. Gründe für ein Erstarken des Rechtspopulismus sind in hohem Maße mit denen identisch, die zuvor bereits eine stärkere Zustimmung zum Rechtsextremismus hervorgerufen haben (bereits: Bund der deutschen Landjugend 2009). Allerdings gelingt es dem Rechtspopulismus im Unterschied zum Rechtsextremismus noch nicht, Angebote zu entwickeln, die für Jugendliche und junge Erwachsene attraktiv sind. Dies gilt sowohl für das klare Bekenntnis zur Gewalt der extremen Rechten als auch für deren breit gefächertes jugendkulturelles Angebot (siehe hierzu: Bund der Deutschen Landjugend 2017: 153 ff.). ■

Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/LR0217-Literatur-Simon.pdf

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa

Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien

Frank Decker, Bernd Henningsen, Kjetil Jakobsen (Hrsg.). Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015, 414 S., ISBN 978-3-8487-1206-9, 79,00 €.

Der Sammelband greift verschiedene Aspekte des Rechtspopulismus, des Rechtsextremismus sowie des Rechtsterrorismus auf. Im Fokus der Arbeiten stehen dabei die wachsende Rolle der Medien und des Internets sowie Möglichkeiten und Grenzen einer kritischen Auseinanderset-

zung am Beispiel der nord- und westeuropäischen Staaten. So werden anhand des Falls Breivik der steigende Einfluss digitaler Medien auf Radikalisierungsprozesse und deren Folgen für die norwegische Gesellschaft untersucht. Auch aktuelle Entwicklungen in Deutschland wie der Aufstieg der AfD und der anhaltende Rechtsruck werden thematisiert. Insgesamt schaffen die Autoren eine informative Grundlage, um weitergehend geeignete Gegenstrategien auf gesamt-europäischer Ebene zu erforschen. ■ br

LESETIPP!



Filterblasen, Echokammern und die Öffentlichkeit der Intermediäre

Dr. Jan-Hinrik Schmidt

Google, Facebook, YouTube oder Twitter sind in den vergangenen Jahren zu bedeutenden „Informationsintermediären“ geworden, also zu Internetangeboten, die wichtige Vermittlungs- und Orientierungsfunktionen erfüllen. Sie stellen ihren Nutzern Mittel zur Verfügung, sich die Fülle und Vielfalt der online verfügbaren Informationen zu erschließen – gerade auch in Hinblick auf solche Themen, die journalistisch-publizistische Anbieter nicht abdecken, etwa gruppenbezogene Belange oder Informationen zu Nischeninteressen. Dazu kommt, dass das Internet seinen Nutzern seit jeher viele Möglichkeiten bietet, selbst aktiv zu werden und Erfahrungen, Erlebnisse und Meinungen mit anderen zu teilen. Neben Inhalten, die sich vor allem an die persönliche Öffentlichkeit des eigenen Freundes- und Bekanntenkreises richten, geht es dabei immer wieder auch um gesellschaftlich relevante Themen und Debatten, zu denen sich Menschen ohne großen Aufwand einbringen können.

Eingeschränkte Vielfalt durch Filterblasen

Und doch prägt ein gewisses Unbehagen den aktuellen Diskurs um Intermediäre, denn offensichtlich verschieben sie das Gefüge von Öffentlichkeit so grundlegend, dass sich auch ungewollte oder gar demokratisch unerwünschte Folgen zeigen. Die derzeit größten Bedenken gelten in dieser Hinsicht wohl dem Szenario der „Filterblasen“, das der Publizist Eli Pariser bereits 2011 popularisiert hat. Er drückte die Sorge aus, dass die gegenwärtige Gestalt des Internets dazu führe, dass Menschen nur noch sehr eingeschränkte Vielfalt erleben und nicht mehr mit Informationen konfrontiert sind, nach denen sie nicht explizit gesucht haben oder die ihr etabliertes Weltbild in Frage stellen würden. Dafür seien drei miteinander verschränkte Ursachen verantwortlich: Um Informationsfülle zu verarbeiten und kogni-

tive Dissonanz zu vermeiden, greifen erstens viele Menschen auf Strategien der selektiven Auswahl zurück, anstatt sich beständig aus allen verfügbaren Quellen in alle denkbaren Richtungen zu informieren. Hinzu kommt zweitens die Tendenz von Menschen, sich mit Personen zu umgeben, die ihnen – z. B. in Hinblick auf Bildungsstand oder politische Einstellungen – ähnlich sind. Diese psychologischen und soziologischen Faktoren treffen bei den Intermediären drittens auf algorithmische Systeme wie etwa den Newsfeed von Facebook oder die Videoempfehlungen auf YouTube. Sie personalisieren Informationen, d. h., sie filtern vorrangig danach, ob bestimmte Quellen oder Inhalte (a) vom Nutzer in der Vergangenheit bereits als relevant eingeschätzt wurden (gemessen etwa durch Klicks oder Verweildauer) sowie (b) ob sie von Mitgliedern seines erweiterten Netzwerks erstellt, kommentiert oder empfohlen wurden. Die drei Faktoren zusammen können, so die These von Pariser, sich wechselseitig verstärken und zu einer sukzessiven Verengung der Weltsicht führen.

Eine Reihe von Studien hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass es keinen eindeutigen und deterministischen Zusammenhang zwischen Intermediärnutzung und Meinungsbildung gibt, dass man also nicht automatisch in Filterblasen landet, wenn man Intermediäre nutzt. Die Mehrheit der Internetnutzer hat ein mehr oder weniger breites Spektrum von Informationsquellen, die Themen von generellem Interesse oder auch unerwartete Informationen liefern. Neben den Intermediären sind in dieser Hinsicht auch die etablierten journalistischen Medien zu nennen, die nach wie vor eine wichtige Rolle dabei spielen, uns über die Welt um uns herum zu informieren.

Doch obgleich für die Mehrheit der Bevölkerung in dieser Hinsicht Entwarnung gegeben werden kann, gibt es Hinweise darauf, dass Filterblasen existieren, etwa für die Anhänger von Verschwörungstheorien oder auch von politisch extremen Positionen, die – aus gutem Grund – in den journalistischen Medien keinen Platz finden. Für solche Gruppen sind die sozialen Medien unverzichtbar geworden, um sich untereinander mit Informationen zu versorgen, die objektiver journalistischer Prüfung in aller Regel nicht standhalten würden.



Dr. Jan-Hinrik Schmidt

Wissenschaftlicher Referent für Digitale Interaktive Medien und Politische Kommunikation, Hans-Bredow-Institut für Medienforschung, Hamburg

Tel. (040) 45 02 17-83
j.schmidt@hans-bredow-institut.de
www.hans-bredow-institut.de



Wechselseitige Bestätigung vorgefasster Meinungen in Echokammern

Insbesondere auf Netzwerk- und Videoplattformen können Kommunikationsräume entstehen, in denen der verständigungsorientierte Austausch von Argumenten nicht im Vordergrund steht, sondern wo sich Menschen wechselseitig in ihrer vorgefassten Meinung bestätigen. Diese „Echokammern“, in denen nur noch zu Gehör kommt, was dem Gruppenkonsens entspricht, sind vor allem dann problematisch, wenn sie um extreme, intolerante und undemokratische Haltungen herum entstehen und die Meinungsäußerungen die Grenzen des Zulässigen streifen oder gar überschreiten. Ohne solche „Hate Speeches“ entschuldigen zu wollen – zumindest in einigen dieser Fälle äußern sich Nutzer aus dem Moment heraus und schätzen die Reichweite und Persistenz ihrer Äußerungen nicht ab. Doch gerade bei Themen wie der Flüchtlingskrise geschehen Provokationen und Beleidigungen längst mit Kalkül, um die Grenzen des Sagbaren zu verschieben und Diskurse zu radikalisieren. Längst bleibt dies auch nicht mehr auf die Kommentarbereiche von Facebookgruppen oder einschlägigen Foren beschränkt, sondern schwappt – in Form von PEGIDA-Demonstrationen oder auch fremdenfeindlich motivierten Übergriffen und Anschlägen – ins „echte Leben“ über.

Betreiber von Intermediären entziehen sich noch zu oft der Verantwortung, wenn Grenzen des gesellschaftlich Tolerierbaren überschritten werden

Die Betreiber von Intermediären ziehen sich angesichts dieser Problematik bislang meist auf die Haltung zurück, sie würden ja nur die Plattformen bereitstellen, auf denen sich Nutzer äußern können. Doch damit machen sie es sich zu einfach. Zwar

erstellen Intermediäre keine eigenen Inhalte, doch sie setzen dem Nutzerhandeln Grenzen und Spielräume, nämlich in Form von Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Community Standards sowie insbesondere durch die Gestaltung der Software selbst. So entsteht ein fundamentaler Konflikt: Die immanenten Regeln eines weltweit operierenden Angebots wie Facebook oder Google treffen auf kulturelle Werte und Normen sowie nationale Rechtsrahmen, die ganz unterschiedliche Grenzen zwischen freier Meinungsäußerung und Hassrede, Verleumdung, Volksverhetzung o. ä. ziehen.



Eli Pariser prägte den Begriff „Filterblase“.

Dieser Umstand ist deswegen so bedeutsam, weil eine funktionierende, zivilisierte Öffentlichkeit für den Zusammenhalt demokratischer Gesellschaften unverzichtbar ist: Wir brauchen Kommunikationsräume und Foren, in denen wir mit vielfältigen Informationen über die Welt um uns herum konfrontiert werden und auch kontroverse Meinungen austauschen können, ohne aber die Grenzen des gesellschaftlich Tolerierbaren zu überschreiten. Die Betreiber von Intermediären haben in dieser Hinsicht auch die Verantwortung, die Grundlagen der demokratischen Gesellschaften, in denen sie entstanden sind und denen sie ihren ökonomischen Erfolg verdanken, nicht zu gefährden. Doch bislang scheint es, dass sie sich bestimmten Verpflichtungen – wie der Einräumung demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung oder der Transparenz und Accountability – so weit wie möglich zu entziehen versuchen. Diese Schiefelage zu korrigieren, ist eine wichtige gesellschaftliche und politische Aufgabe für die kommenden Jahre. ■

Aktuelle Informationen finden sich im Blog des Autors unter www.schmidtmitdete.de

Mehr Populismus durch Gebietsreformen?

Felix Rösel

Gebietsreformen galten bisher eher als „Leckerbissen“ für Verwaltungsexperten und Technokraten. Die Auswirkungen von geschlossenen Rathäusern und einer geringeren Zahl ehrenamtlicher Kommunalpolitiker gehen jedoch weit über die reine Bürokratie hinaus. Neue wissenschaftliche Studien weisen spürbare politische „Nebenwirkungen“ von Gebietsreformen nach: Die Schaffung größerer Gebietsstrukturen reduziert die politische Teilhabe vor Ort und verstärkt populistische Tendenzen.

Mit Gebietsreformen verbinden sich regelmäßig große Hoffnungen auf Kosteneinsparungen, Effizienzgewinne und Wachstumsimpulse. Nicht nur unter Praktikern, sondern auch in der Wissenschaft ist die Effektivität von Gebietsreformen inzwischen jedoch äußerst umstritten. Die Tabelle gibt einen Überblick über aktuelle Evaluationsstudien.¹ Diese können in ihrer Mehrzahl keine Kosten- oder Effizienzgewinne von Gebietsreformen nachweisen. Der in der Vergangenheit oftmals behauptete Zusammenhang von Einwohnerzahl und Effizienz wird daher inzwischen stark bezweifelt.

Neuere Studien zeigen darüber hinaus, dass dem umstrittenen Nutzen von Gebietsreformen politische Kosten gegenüberstehen können. Gebietsreformen vergrößern nicht nur Verwaltungsräume, sondern auch lokale Demokratieräume. Mit zunehmender Größe steigen auch Anonymität und Fahrwege – die Partizipationsbereitschaft vor Ort sinkt. Eine erzwungene Vergrößerung von Gebietskörperschaften setzt außerdem das Gefühl von Fremd-

bestimmtheit und Frustration frei, das von populistischen Strömungen aufgegriffen wird.

Gefühlte Distanz zur Kommunalpolitik nimmt zu

Beobachtet wurden eine Reihe weiterer „Nebenwirkungen“. Nach Fusionen von ländlichen mit städtisch geprägten Gemeinden wird z. B. häufig die weniger passgenaue Bereitstellung von öffentlichen Leistungen beklagt. In einer kleinteiligen Gebietsstruktur können die unterschiedlichen Bedürfnisse von Stadt und Umland, beispielsweise hinsichtlich von Hebesätzen und Gebühren, besser berücksichtigt werden als in größeren Einheiten. Die nach Fusionen weder von Stadt noch von Land gewünschten Kompromisslösungen erzeugen oftmals Unzufriedenheit, die Populisten in die Hände spielt.

Nach Gebietsreformen nimmt auch das Gewicht der eigenen Stimme bei Gemeindewahlen ab. Gleichzeitig steigt die Anonymität der Kandidaten auf den Kommunalwahllisten. Durch beide Effekte wächst die gefühlte Distanz zur Kommunalpolitik und der Anreiz zur Stimmabgabe bei Kommunalwahlen geht zurück.

„Kummerkasten“ und Ehrenämter gehen verloren

Durch Gemeindefusionen gehen wichtige Ansprechpartner vor Ort verloren. Bürgermeister und Ge-

meinderäte in kleinen Gemeinden erfüllen eine wichtige „Kummerkasten-“ und Vermittlerfunktion. Die Schließung des Rathauses sowie der Abzug des Gemeindepersonals reduzieren nicht nur die lokale Kaufkraft, sondern verstärken das Gefühl eines Rückzugs des Staates aus der Fläche. Die hinterlassene buchstäbliche Leere ist ein wichtiger Faktor für die Wahlerfolge von Rechtspopulisten.

Schließlich gehen größere Einheiten mit einer Reduktion ehrenamtlicher Kommunalpolitiker einher. Henkel (2016) schätzt, dass die Zahl der ehrenamtlichen Mandatsträger in Westdeutschland durch die flächendeckenden Gebietsreformen in den 1970er-Jahren um rund 300 000 sank. In größeren Gebietskörperschaften steigt außerdem der Arbeitsaufwand für Kommunalpolitiker drastisch an – es kommt insgesamt zu einer Verschiebung des Anteils der Ehrenamtlichen zugunsten von Berufspolitikern und Funktionären. Beide Effekte schwächen die Verankerung der Demokratie in der Bevölkerung.

Empirische Studien belegen Populismus-Anstieg

Drei aktuelle Studien aus dem deutschsprachigen Raum untersuchen statistisch den Zusammenhang von politischer Teilhabe und Gebietsreformen. Die Studien finden deutliche empirische Hinweise auf die oben beschriebenen „Nebenwirkungen“ von Gebietsreformen.



Felix Rösel

ifo Institut, Niederlassung
Dresden

Tel. (0351) 2 64 76 - 28
roesel@ifo.de
www.cesifo-group.de/de/
ifoHome.html

¹ Die zugrunde liegende Studie von Blesse und Rösel (2017) ist online abrufbar unter: www.cesifo-group.de/DocDL/wp-2017-234-blesse-roesel-gebietsreformen.pdf

Tabelle: Effekte von Gebietsreformen

	Reformeffekt	Beispielhafte Studie
Kosten und Effizienz		
Höhe der kommunalen Gesamtausgaben	↻ nicht signifikant	Baskaran und Blesse (2016), Blom-Hansen et al. (2016)
Verwaltungsqualität/-effizienz	↻ nicht signifikant	Allers und Geertsma (2016), Studerus (2016)
Verschuldung	↻ nicht signifikant	Hansen et al. (2014), Studerus (2016)
Zufriedenheit mit der Verwaltung	🔴 sinkt	Hansen (2015)
Politische Teilhabe		
Zufriedenheit mit der Demokratie	🔴 sinkt	Hansen (2015)
Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen	🔴 sinkt	Fritz und Feld (2016), Rösel (2016)
Kandidaturen bei Kommunalwahlen	🔴 sinkt	Blesse und Rösel (2017)
Stimmanteile für populistische Parteien	🟢 steigt	Rösel (2016)
Wachstum und Ungleichheit		
Ungleichheit zwischen Ortsteilen	🟢 steigt	Pickering et al. (2016), Lomeau et al. (2016)
Bevölkerungswachstum, Nettozuwanderung	↻ nicht signifikant	Studerus (2016)
Verlust des Status als Kreisfreie Stadt ^{a)}	↻ nicht signifikant	Heider et al. (2016)
Verlust des Sitzes der (Kreis-)Verwaltung ^{a)}	🔴 sinkt	Becker et al. (2015), Heider et al. (2016)
a) Effekt auf das Bevölkerungswachstum		

Quelle: Blesse und Rösel (2017), die eine vollständige Referenzliste bieten. Siehe auch Fußnote 1.

In seiner Dissertationsschrift untersucht Fritz (2016) umfassend die fiskalischen, soziodemografischen und politischen Folgen der großflächigen Gemeindefusionen in Baden-Württemberg in den 1970er Jahren. Seine Ergebnisse zeigen einen signifikanten Rückgang der Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen sowie der Partizipation freier Wählergemeinschaften in fusionierten Gemeinden gegenüber nicht-fusionierten Gemeinden.

Ein zweites Fallbeispiel ist die Kreisgebietsreform 2011 in Mecklenburg-Vorpommern. Mit der Reform wurden die mit Abstand flächenmäßig größten Landkreise Deutschlands geschaffen. Rösel und Sonnenburg (2016) zeigen, dass Gemeinden in besonders stark vergrößerten Landkreisen höhere Stimmanteile für die Alter-

native für Deutschland (AfD) aufweisen. Der Studie zufolge spielen die gestiegenen Fahrzeiten in die Kreisstadt eine eher untergeordnete Rolle; entscheidend sei die Zunahme der „politischen Distanz“ zwischen Kreispolitik und Bürgerschaft.

Beispiel drei: Die österreichische Steiermark. Rösel (2016) analysiert das Wahlverhalten in steirischen Gemeinden, die im Jahr 2015 zu größeren Gemeinden fusioniert wurden, mit der Entwicklung in nicht-fusionierten Gemeinden. Bis zur Gebietsreform zeigen sich über fast 30 Jahre hinweg keine signifikanten Unterschiede im Stimmanteil für die rechtspopulistische Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) in beiden Gruppen von Gemeinden. Nach der Gebietsreform driften die Wahlergebnisse jedoch aus-

einander: In fusionierten Gemeinden wurden signifikant mehr Stimmen für die FPÖ abgegeben.

Fazit

Bei vergangenen Bemühungen um Gebietsreformen wurden die politischen Nebenwirkungen auf die Demokratie vor Ort systematisch unterschätzt. Neuere wissenschaftliche Studien zeigen übereinstimmend, dass sich der aufkommende Frust und das Gefühl der Heimatlosigkeit nach Gebietsreformen in einem Rückgang der Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen und einer Verstärkung rechtspopulistischer Tendenzen niederschlagen kann. Mildere Mittel wie interkommunale Kooperationen oder Funktionalreformen sollten daher verstärkt in den politischen Fokus genommen werden. ■

Die Literaturangaben finden Sie unter: www.asg-goe.de/LR0217-Literatur-Roesel.pdf

Verstetigung der Jugendbeteiligung

Kooperation zwischen den LEADER-Regionen Wesermünde-Süd und Leipziger Muldenland

Birgit Böhm, Nina Kaiser, Dr. Christiane Sell-Greiser, Lisa Petter, Matthias Wagner

Angesichts des demografischen Wandels hat sich ein Diskurs entwickelt, bei dem es vielfach um ältere Menschen geht. Ländliche Regionen sind für junge Leute jedoch nur attraktiv, wenn diese das Gefühl haben, dass auch ihre Interessen und Bedürfnisse Gehör finden und sie bei Entwicklungen in der Region mitreden können. Dies kann zum einen die Bindung an die Region fördern und Abwanderungstendenzen vorbeugen. Zum anderen könnte es helfen, die Anfälligkeit für rechts-populistische Denkweisen zu verringern.

LEADER-Kooperation „Jugendbeteiligung & Regionalentwicklung“

Hoch im Norden der Republik ist die LEADER-Region Wesermünde-Süd im Landkreis Cuxhaven (Niedersachsen) lokalisiert, die aus den Gemeinden Schiffdorf, Beverstedt, Loxstedt und Hagen im Bremischen besteht. In Deutschlands Mitte befindet sich die LEADER-Region Leipziger Muldenland (Sachsen), welche sich aus 14 Städten und Gemeinden östlich und südöstlich von Leipzig zusammensetzt. Sie sind kilometerweit voneinander entfernt und trotzdem durch eine Kooperation eng miteinander verbunden. Jugendliche und ihre Beteiligung am gesellschaftlichen Leben, ihre Einbeziehung in Prozesse der ländlichen Entwicklung, sind konkrete Schwerpunkte der Kooperation.

Bereits in der Förderphase 2007–2013 gab es erste regelmäßige Erfahrungsaustausche zwischen den beiden LEADER-Gruppen. Dies wurde insbesondere durch gemeinsame Besuche sowie durch Arbeitstreffen mit regionalen Akteuren und potenziellen Projektpartnern umgesetzt. Eine Absichtserklärung aus dem Jahr 2014 dokumentierte schließlich das gemeinsame Interesse an einer überregionalen Kooperation auch in der Förderphase 2014–2020. Im August 2016 wurde deshalb eine Kooperationsvereinbarung zum Thema „Jugendbeteiligung & Regionalentwicklung“ unterzeichnet. Aufbauend auf diesen Grundlagen soll zukünftig die Zusammenarbeit vertieft werden.

Ziele der Kooperation sind der Erfahrungsaustausch zu Organisation und Durchführung eines Jugendforums, der Austausch von konkreten Projektideen der Jugendlichen, aber auch der Austausch zwischen regionalen Akteuren wie Vertretern des Landkreises, der Jugendarbeit sowie der Schulsozialarbeit zu Themen der Jugendbeteiligung. Ebenso spielen die gegenseitige Unterstützung bei der Umsetzung von Projekten von und mit Jugendlichen, die Förderung des Austausches der Jugendlichen beider Regionen sowie konkrete gemeinsame Ansätze und Projektideen zur Verstetigung von Jugendbeteiligung in beiden LEADER-Regionen eine wichtige Rolle.

Eine Region erneuert sich: Jugendbeteiligung in der LEADER-Region Wesermünde-Süd

Die LEADER-Region Wesermünde-Süd verfügt über einen großen Erfahrungspool in der Jugendarbeit. Prozessorientiert werden junge Menschen in die Gestaltung der Regionalentwicklung einbezogen und können von spezifischen jugendbezogenen Projekten profitieren. Die intensive Teilhabe der Jugend ist fest im regionalen Leitbild „Ressourcen erkennen, Potenziale fördern. Wesermünde-Süd: eine Region erneuert sich“, verankert.

Die vier Kommunen der LEADER-Region Wesermünde-Süd haben individuelle Jugendbeteiligungsprozesse. Im jährlichen Jugendforum in der Gemeinde Loxstedt kommen die für die Jugend relevanten Themen im direkten Austausch mit den Kommunalpolitikern zur Sprache. Auf dem im Zweijahresrhythmus stattfindenden „Tag der Jugend“ in der Kommune Schiffdorf werden stets zwei der favorisierten Vorhaben ausgewählt und über die Kommunalpolitik umgesetzt. So sind z. B. neue Räumlichkeiten für Jugendaktivitäten entstanden und eine Bushaltestelle wurde saniert. Die Jugendarbeit in den Jugendhäusern ist zudem kommunal fundiert. Auch freie Träger widmen sich ausgewählten

Lisa Petter und Matthias Wagner

Tel. (03437) 70 70 71
regionalmanagement@leipzigermuldenland.de
www.leipzigermuldenland.de

Birgit Böhm und Dr. Christiane Sell-Greiser

www.leader-wesermuende-sued.de

Nina Kaiser

www.lokale-demokratie.de

* Zur besseren Lesbarkeit werden im vorliegenden Artikel personenbezogene Bezeichnungen, die sich zugleich auf Frauen und Männer beziehen, generell nur in der im Deutschen üblichen männlichen Form angeführt. Hiermit wollen die Autoren jedoch keinesfalls eine Geschlechterdiskriminierung oder eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zum Ausdruck bringen.

Schwerpunkten. Außerdem sind Jugendliche im Jugendsozialausschuss der Kommune Beverstedt vertreten. Der „Ozeanblaue Zug“ des „Letzten Kleinodes“ am historischen Bahnhof in Geestenseth inszeniert regelmäßig Kindertheaterprojekte. In Hagen im Bremischen wird aktuell ein Jugendforum aufgebaut.

Der LEADER-Region Wesermünde-Süd ist es gelungen, schon in der letzten Förderphase Jugendliche in die LAG zu integrieren und ihnen eine Stimme zu geben. In dieser Förderphase haben die Jugendlichen den Wunsch nach zwei Stimmen eingebracht, dem die LAG gern nachgekommen ist. Der ganze Ablauf der LAG-Sitzungen ist durch die Jugendbeteiligung verändert und angepasst worden. So gibt es nach der Vorstellung von Projekten nun eine Beratungspause, insbesondere für die Jugendlichen, damit diese sich austauschen können, denn es sind max. 12 Jugendliche aus vier Kommunen, die zwei Stimmen haben.

Wichtiges weiteres Ziel ist die Anbindung der Jugendbeteiligung der Kommunen an die LAG-Sitzungen und die Verstetigung dieser Prozesse. So werden aus der Gemeinde Loxstedt beispielsweise die Jugendlichen, die im Jugendforum als Sprecher gewählt werden, in die LAG entsendet.

LEADER-Vorhaben zur Jugendbeteiligung im Leipziger Muldenland

Im Leipziger Muldenland wird die Jugendbeteiligung vor allem projektorientiert profiliert. Das LEADER-geförderte Vorhaben „Schulskills 2016“ verbindet die Suche der jungen Leute nach dem passenden Beruf und die Suche der lokal und regional tätigen Unternehmen nach adäquaten Bewerbern für ihre Ausbildungsangebote. Am „Schulskills-Tag“ konnten sich die jungen Leute, darunter auch Flüchtlinge, im Rahmen des Stationsbetriebes in Abläufen und Schritten der praktischen Arbeit testen. Dieses Projekt fördert somit die Bindung der Jugendlichen an die Region und kann Abwanderungstendenzen vorbeugen.

Das Projekt „Planspiel Jugendkristag – Jugendbeteiligung als Antwort auf den demografischen Wandel“ möchte außerdem zu einer nachhaltigen, positiven Entwicklung der Region beitragen, indem es sich auf die Auswirkungen des demografischen Wandels für junge Menschen und ihre Familien fokussiert. Es baut auf den Erfahrungen des Pilot-Planspiels im Landkreis Mansfeld-Südharz auf, das



Jugendkristagssitzung im Leipziger Muldenland im Rathaussaal der Stadt Grimma am 4. April 2017

der Träger Akademie für Lokale Demokratie e.V. 2015/2016 erstmals umgesetzt hat. Insgesamt 50 Schüler und Schülerinnen des Gymnasiums St. Augustin Grimma und des Freien Gymnasiums Nauenhof fanden sich zu zwei Projekttagen und am 4. April 2017 schließlich zur ersten Jugendkristagssitzung im Leipziger Muldenland zusammen, um gemeinsam über die Top-Jugendthemen abzustimmen. Hier wurde den Jugendlichen die Möglichkeit gegeben, für einen ganzen Tag in die Rolle von Kristagsabgeordneten zu schlüpfen, Parlamentsdebatten nachzuspielen und Kreispolitik aus nächster Nähe kennenzulernen. Dadurch wuchs bei den Jugendlichen das Verständnis für die Komplexität demografischer Prozesse.

Die Jugendlichen erhalten damit die Möglichkeit, ihre Anliegen, Bedürfnisse und Meinungen untereinander sowie mit kommunalen Entscheidungsträgern zu diskutieren. Gerade in kommunalen Parlamenten finden sich immer weniger junge Menschen, die die Ansichten ihrer Altersgruppe in den politischen Prozess einbringen. Dies führt wiederum dazu, dass die Stimme der Jugendlichen immer leiser wird und es damit auch immer schwieriger wird, auf ihre Bedürfnisse einzugehen. Schließlich werden durch diesen Kreislauf viele Regionen unattraktiver für junge Menschen, was den demografischen Wandel beschleunigt. Um die Motivation zu Teilhabe und politischem Engagement für junge Menschen zu erhöhen, braucht es neue Kommunikationsformen. Das Planspiel zählt zu diesem Lösungsansatz und soll am Ende den Anreiz liefern, langfristige und nachhaltige Jugendbeteiligungsstrukturen in die Region zu überführen. ■



Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum im Freistaat Sachsen 2014 - 2020

Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums: Hier investiert Europa in die ländlichen Gebiete

STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT



Toleranz und Demokratie im Landkreis Birkenfeld

Kathrin Schmitt und Laura Brenner

Im Landkreis Birkenfeld werden Toleranz und interkulturelle Begegnungen groß geschrieben. Seit Jahrzehnten gehören Amerikaner der Amerikanischen Base sowie Chinesen eines Chinesischen Handelszentrums zur Bevölkerung wie jeder andere auch. Um gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz ein Zeichen zu setzen, wurden mehrere Projekte

bereits umgesetzt oder sind in Planung. Im Vordergrund steht bei diesen immer das Zusammenbringen von Menschen verschiedener Kulturen. Im Rahmen der „Woche der Toleranz 2016“ entstand so eine Gruppe engagierter junger Menschen. Für die Projektidee „Gruppe der Nationen“ wurde diese Jugendgruppe beim Jugend-Engagement-Wettbewerb 2016

mit einem Preisgeld von 1 000 € ausgezeichnet. Erste Projekte der Gruppe befinden sich bereits in der Umsetzung oder Planung. Besonders spannend sind diejenigen Projekte, die direkt von Jugendlichen geplant und umgesetzt werden. So ist z. B. eine Veranstaltung „Harry Potter, Star Wars & Co. – Helden aller Nationen“ oder ein Picknick der Nationen geplant.

Woche der Toleranz 2016

Schüler/-innen sprachen mit Politikern, bearbeiteten während dieser Woche Probleme wie Mobbing, Sucht und Extremismus und stellten sie am Projekttag Demokratie im Rahmen der Woche der Toleranz vor. Schüler/-innen aus verschiedenen Lehreinrichtungen mit unterschiedlichem gesellschaftlichen und kulturellen Hintergrund begegneten sich, sprachen miteinander, hatten zusammen Spaß beim Skaten und bei Musik. Den Abschluss bildete ein kulturelles Begegnungsfest mit Ausstellungen, Tänzen, Musik, Snacks aus mehreren Ländern, Workshops und vielem mehr. Toleranz konnte so in verschiedenen Facetten besprochen und erlebt werden.

Workshop „Typisch ...“

wurde konzipiert, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede verschiedener Kulturen zu thematisieren. Hierfür wurden Schwerpunktthemen ausgewählt (Essen, Feste, Freizeit, Typisch...). Gemeinsam werden zu einzelnen Themen Plakate und Infoblätter erstellt, welche langfristig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Zusätzlich haben alle Teilnehmer/-innen die Möglichkeit, ihren Heimatort in einer Karte zu markieren und ggf. ihren Weg nach Deutschland zu zeigen.

Während des Treffens können auch Bilder gemacht, Geschichten aufgeschrieben und Fragen zu den Kulturen beantwortet werden. Mit Hilfe von MyStory-Board-Steckbriefen kann die eigene Geschichte aufgeschrieben werden. Im Mai haben bereits zwei „Probe-Workshops“ im Internationalen Café stattgefunden. Teilnehmer sind hierbei Ehrenamtliche, Geflüchtete und die Jugendgruppe. Der Workshop wird in weiteren Internationalen Cafés, Jugendzentren und Schulen stattfinden. Hierzu wird öffentlich eingeladen.

Deutsch-Amerikanisches Freundschaftsfest im Juli 2017

Die Gruppe der Nationen wird einen Infostand aufbauen, an dem Kinder verschiedener Herkunft zum Basteln und Malen zusammenkommen. Dort wird auch das Informationsmaterial (Plakate und Infoblätter zu verschiedenen Ländern) präsentiert, das im Rahmen des Workshops „Typisch ...“ erstellt wurde. Jede/-r Besucher/-in hat zudem die Möglichkeit, Besonderheiten seiner Nation oder anderer Nationen aufzuschreiben oder darzustellen. Was ist für uns typisch deutsch? Was ist für einen Amerikaner oder Syrer typisch deutsch bzw. typisch syrisch/amerikanisch?



Kathrin Schmitt

Projektmanagerin für Haltestrategien
K.Schmitt@landkreis-birkenfeld.de

Laura Brenner

Bildungskordinatorin für Neuzugewanderte
L.Brenner@landkreis-birkenfeld.de

Kreisverwaltung Birkenfeld, www.landkreis-birkenfeld.de





„Gruppe der Nationen“ – Preisträger beim Jugend-Engagement-Wettbewerb Rheinland-Pfalz

Foto: S. Hälter

Post-Its © Style-Photography – Fotolia.com

Kochkurs im Frauencafé Juli/August 2017

Hier sollen Rezepte aus verschiedenen Ländern gesammelt und gemeinsam ausprobiert werden. Anschließend werden die Rezepte zusammen mit Geschichten über Feste und kulturelle Bräuche einzelner Nationen gesammelt und in einem kleinen Kochbuch zusammengefasst. Das Kochbuch soll Texte in verschiedenen Sprachen enthalten und so für Menschen aller Nationen zugänglich sein.

Diese offenen Treffs (Internationales Café & Frauencafé) bieten Flüchtlingen die Möglichkeit, bei Getränken und Snacks zu spielen, Kontakte zu knüpfen und Beratung in Anspruch zu nehmen.

Regionalanalyse „Wer seid ihr denn?“ Mai 2017

Junge Menschen hatten die Möglichkeit, etwas über das Leben in anderen Ländern und über unbekanntere Kulturen zu erfahren. Hierfür waren ca. 20 Jugendliche in Integrations- und Sprachkursen, in Jugendzentren und Internationalen Cafés unterwegs. Ihre Ergebnisse präsentierten sie dann vor Presse, Politik und interessierten Bürgern. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Regionalanalyse war, dass sich die Geflüchteten mehr Kontakt mit Deutschen wünschen, um so die deutsche Sprache und Kultur besser zu erlernen. Eine mit über 100 Kindern durchgeführte Malaktion hat eindrucksvoll gezeigt, dass Heimat nicht unbedingt ein Ort sein muss, sondern die Menschen, mit denen man in einer Gemeinschaft lebt, ein Heimatgefühl vermitteln können.

Wut, Verachtung, Abwertung

Rechtspopulismus in Deutschland

Beate Küpper, Ralf Melzer, Dietmar Molthagen, Andreas Zick (Hrsg.). Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2015, 220 S., ISBN 978-3-8012-0478-5, 16,90 €.

Basierend auf der Studie „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2014 beschäftigt sich der Sammelband mit steigenden rechtspopulistischen Tendenzen in Teilen der Bevölkerung. Neben demokratiefeindlichen Einstellungen weisen diese zuneh-

mend eine feindselige und gewaltbereite Stimmung gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen auf, die durch bereits vorhandene Ängste und Einstellungen begünstigt werden kann. In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf die Rolle der AfD in der deutschen Parteienlandschaft und auf ihre gesellschaftlichen Auswirkungen eingegangen. Die Autoren stellen als Ergebnis ihrer Arbeit sowohl mögliche Konsequenzen einer enthemmten Gesellschaft als auch Entwürfe zu Gegenstrategien vor. ■ br

LESETIPP!



Das „Demokratische Wohnzimmer“

Ingo Schenk

2014 – 2015 qualifizierte ein LEADER-Projekt des Landesjugendpfarramtes der Evangelischen Kirche der Pfalz Jugendliche in fünf Dörfern und Kleinstädten der LEADER-Region Donnersberger Land und Lautrer Land zu „Dorfraum-Pionieren“¹. Im Zuge der Dorferkundungen führten die Jugendlichen auch Interviews mit Einwohner/-innen, bei denen sich in der Zurückgezogenheit des privaten Wohnzimmers gute und politische Gespräche ergaben. Derartige Gespräche finden jedoch nicht in der Öffentlichkeit statt, was sich u. a. daran zeigte, dass bei der Präsentation der Ergebnisse der Dorfforschung kaum Bürger die Veranstaltung besuchten. Die jugendlichen Forscher/-innen in Obermoschel (Donnersbergkreis) entwickelten daraufhin die Idee, das Wohnzimmer in die Öffentlichkeit zu holen und mit dem Thema „Demokratie heute“ zu besetzen.

In der von Abwanderung, dem Rückzug von Organisationen und Institutionen wie Kirche und öffentlichen Einrichtungen sowie durch Leerstand geprägten Nordpfalz soll mit dem „Demokratischen Wohnzimmer“ öffentlich nicht nur auf die Missstände aufmerksam gemacht, sondern das demokratische Gespräch, die Debatte, wieder in den öffentlichen Raum gebracht werden. Dies ist umso mehr notwendig, da sich durch den Rückzug oben genannter Akteure ein rechts-konservatives bis rechtsextrêmes Weltbild breit macht. Dieses Weltbild nährt sich durch den „Nordpfalz-Fatalismus“, also die Erfahrung, schon immer abgehangene Region zu sein. Die Relevanz alternativer, auch christlicher Menschen- und Weltbilder, steht in Frage. Daher ist auch das Thema Friedensarbeit in dieser Region zentrales Thema.

Im September 2016 debattierte das „Demokratische Wohnzimmer“ zum ersten Mal in der Innenstadt von Obermoschel bei einer Teilnehmerzahl von ca. 40 Personen. Zzt. findet es in der BBS Rockenhausen statt. Am 16. September 2017, beim Jugendfestival „Frei-



„Demokratisches Wohnzimmer“ in Obermoschel. Zu Gast war Dr. Jamill Sabbagh, Kreisbeigeordneter und Vorsitzender der „Donnersberger Initiative für Menschen in Not e.V.“. Moderiert wurde das Gespräch von den Dorfraum-Pionierinnen Melanie Bauer (l.) und Eileen Vogel (r.) sowie Prof. Dr. Bernhard Hauptert, Katholische Hochschule Mainz (nicht im Bild).

Träume“ der Evangelischen Jugend der Pfalz, soll das „Demokratische Wohnzimmer“ in der Altstadt aufgebaut werden und beim Mitarbeiter/-innenforum der Evangelischen Jugend der Pfalz am 10. – 12. November wird Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Wohnzimmer zu Gast sein.

In der Zwischenzeit setzt das Projekt auf vier Ebenen an:

1. Die Debatte auf der Straße.

2. Um mehr Mitstreiter/-innen zu gewinnen, sind erste Termine an der BBS Rockenhausen durchgeführt worden. Hier wurde mit Schülerinnen und Schülern aus der Region zum Thema „Demokratie – Wahlen – Zivilcourage gearbeitet.
3. Um Kindern die Möglichkeit zu geben, alternative, christlich-humanistische Perspektiven zu erleben und zu formulieren, soll in diesem Bereich wieder mehr investiert werden.
4. Mit der Landesregierung laufen Gespräche, um den erfolgreichen, in der Landeshauptstadt stattfindenden Demokratietag auch in der Nordpfalz zu veranstalten. Ziel ist hier eine „Nordpfalz-erklärung Demokratie und Frieden“.



Ingo Schenk

Referent für Grundsatzfragen und Organisationsentwicklung,
Landesjugendpfarramt der Evangelischen Jugend der Pfalz,
Kaiserslautern

Tel. (0631) 36 42 - 0 18
schenk@evangelische-jugend-pfalz.de
www.ev-jugend-pfalz.de

¹ S. LR 01/2016, S. 44f.

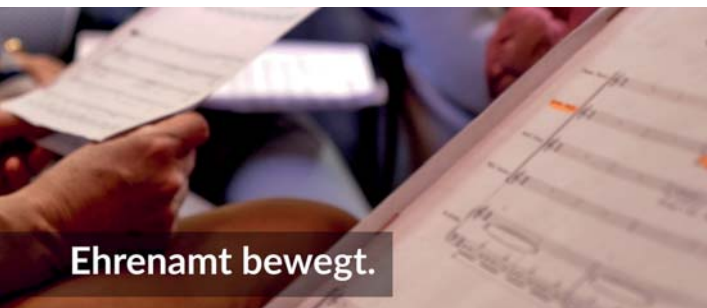
VereinspilotInnen

Susanne Dengel

Der demografische Wandel und die Bürokratisierung stellen für viele Vereine Herausforderungen dar. Deshalb bietet die Bundesakademie für musikalische Jugendbildung Trossingen seit 2016 die Weiterbildung zu „VereinspilotInnen“ an, die sich an Vorstände aus dem ganzen Bundesgebiet richtet. Sie werden bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit unterstützt und beispielsweise zu einer gezielten Nachwuchsarbeit angeregt, die auch bislang weniger beachtete Zielgruppen berücksichtigt.

Ehrenamt leistet Beitrag zur Demokratiestärkung

Im ländlichen Raum sind besonders viele Menschen ehrenamtlich in Musikvereinen und Chören engagiert. Diese Vereine leisten einen wichtigen Beitrag zur Demokratiestärkung in unserer Gesellschaft. Sie schaffen Orte, an denen die Bevölkerung zusammenkommt, Freude hat und ein für sie wichtiges Ziel gemeinsam verfolgt. Musik wirkt nicht zuletzt deshalb integrativ, weil sie auch dort verbindet, wo eventuell Sprachbarrieren bestehen. Schließlich



Ehrenamt bewegt.

erhöht das kulturelle Angebot der Vereine die Lebensqualität auf dem Land und hemmt zugleich Abwanderungsbewegungen. Für viele Vereine ergeben sich aber durch die wachsende Bürokratisierung und den demografischen Wandel Probleme. Oftmals ist es beispielsweise schwierig, Nachwuchs für das Ehrenamt zu finden. Dem soll mit der durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Weiterbildung zu „VereinspilotInnen“ entgegengewirkt werden.

Weiterbildung „VereinspilotInnen“ auf konkreten Bedarf zugeschnitten

Wie gewinnt man ehrenamtlichen Nachwuchs? Was heißt modernes Management im Verein? Was gilt es hinsichtlich GEMA und Veranstaltungsrecht zu beachten? Diese und weitere Fragen sind relevant für die Zukunftsfähigkeit vieler Musikvereine und Chöre und werden in der Weiterbildung thematisiert. Das Angebot stößt auf sehr positive Resonanz. Binnen kurzer Zeit gingen rund 200 Anmel-

dungen aus dem ganzen Bundesgebiet ein, über 50 Interessierten aus zehn Bundesländern wurde 2016 eine Teilnahme ermöglicht. Aufgrund der hohen Nachfrage setzt die Bundesakademie das Angebot auch zukünftig fort. Projektpartner ist die Bundesvereinigung Deutscher Orchesterverbände (BDO).

Das Konzept der Weiterbildung geht auf die Bedarfserhebung bei Verbänden und Vereinen anlässlich der in der Bundesakademie 2016 veranstalteten Netzwerkveranstaltung „Ehrenamtliches Engagement in der Musik“ zurück. Rund 60 Vertreter/-innen von Verbänden und Vereinen diskutierten hier über Probleme von Musikvereinen und Chören und entwickelten die inhaltliche Ausrichtung des Weiterbildungsangebotes mit. Die Erhebung ergab u. a., dass sich die Vereine insbesondere bei den Themen Nachwuchsgewinnung, Vereins- und Veranstaltungsrecht, Projektmanagement, Förderprogramme, Fundraising, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Unterstützung wünschen.

Neben den Präsenzterminen an der Bundesakademie erhalten die Teilnehmer/-innen der Weiterbildung Muster-Vereinsatzungen, Musterverträge und -formulare, die sie langfristig bei der Vereinsarbeit unterstützen. Speziell zu diesem Zweck entwickelte digitale Onlineseminare können immer wieder angeschaut und von vielen Akteur/-innen genutzt werden. Auf dem YouTube-Kanal der Bundesakademie steht außerdem der eigens zu diesem Zweck produzierte Film „Ehrenamt bewegt“ zur freien Verfügung. Die Musikvereine und Chöre sind dazu eingeladen, mit dem Film bei ihren Veranstaltungen auf die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements hinzuweisen. ■

Susanne Dengel

Dipl.-Kulturwissenschaftlerin und Kulturmanagerin, Bundesakademie für musikalische Jugendbildung Trossingen

Tel. (07425) 94 93 - 20
dengel@bundesakademie-trossingen.de



Foto: N. Pflümel

Weitere Informationen unter www.bundesakademie-trossingen.de

Für Gleichwertigkeit und Meinungsfreiheit:

Amadeu Antonio Stiftung



Die Amadeu Antonio Stiftung hat es sich seit ihrer Gründung 1998 zur Aufgabe gemacht, Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und jetzt auch Rechtspopulismus die Stirn zu bieten und jene zu unterstützen, die dies ebenfalls tun. Ein besonderer Schwerpunkt der Stiftungsarbeit liegt auf dem ländlichen Raum. Seit ihrer Gründung hat die Stiftung 1 200 Projekte gefördert. Daneben entwickelt sie eigene Projekte, besonders dann, wenn Lücken in staatlichem und zivilgesellschaftlichem Handeln deutlich werden.



Belltower.News – Netz für digitale Zivilgesellschaft

Mit der Plattform netz-gegen-nazis.de (2008 von der ZEIT gestartet, 2009 von der Amadeu Antonio Stiftung übernommen) dehnten sich die Aktivitäten der Stiftung auf das Internet aus. Um dem erweiterten Themenspektrum gerecht zu werden, erhielt die Plattform im April 2017 einen neuen Namen: Belltower.News – Netz für digitale Zivilgesellschaft. Aktuell widmet sich die Stiftung v. a. auch den Themen Hate Speech und Debattenkultur im Netz. Dazu gehört u. a. ein Monitoring relevanter rechts-extremer und -populistischer Akteure im Netz sowie die Darstellung ihrer Themen und Strategien.¹ Auf Belltower.News stellt die Stiftung – neben einer Berichterstattung zu allen Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – Argumente, Diskussionshilfen und Informationsquellen zu den von ihr bearbeiteten Themenbereichen zur Verfügung.



Veröffentlichungen

Weiterhin veröffentlicht die Amadeu Antonio Stiftung Handreichungen, z. B. zum Thema Hetze gegen Flücht-

linge in Sozialen Medien oder zum argumentativen Umgang mit Rechtspopulisten.²



debate//de:hate

Das Projekt, bestehend aus zwei Teilprojekten, wendet sich gegen Hetze und offenen Hass gegenüber Flüchtlingen, Helfer/-innen und anderen Personen in sozialen Netzwerken. debate dient der umfassenden Aufklärung und Sensibilisierung von Internetnutzer/-innen über Hate Speech, indem Fragen aufgeworfen und besprochen werden. In de:hate werden gezielt Gegenmaßnahmen in den Sozialen Netzwerken eingeleitet und umfassende Aufklärungskampagnen, Analysen und Einschätzungen zusammengestellt.³

ONLINE

CIVIL

COURAGE

INITIATIVE

Initiative für Zivilcourage Online/ Online Civil Courage Initiative (OCCI)

Mit der europäischen „Initiative für Zivilcourage Online“ sollen diejenigen gestärkt werden, die sich gegen Hate Speech und für eine demokratische Kultur online einsetzen. Partner sind neben Facebook und Belltower.News/Amadeu Antonio Stiftung das Institute for Strategic Dialogue (ISD) und das International Centre of the Study of Radicalisation and Political Violence (ICSR).

Die Initiative unterstützt europäische NGOs, die online gegen Extremismus und Hassrede aktiv sind, sowohl finanziell als auch in Bezug auf ihre Marketing-Aktivitäten. Darüber hinaus sollen gemeinsam mit Expert/-innen wirkungsvolle Instrumente und Best-Practice-Beispiele erarbeitet werden, um online auf Extremismus und Hassrede zu antworten. ■ za/fa

¹ Monitoringbericht 2015/16: www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/monitoringbericht-2015.pdf. Der Bericht 2016/17 erscheint in wenigen Wochen.

² www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/hetze-gegen-fluechtlinge.pdf, www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/afd-handreichung.pdf

³ www.amadeu-antonio-stiftung.de/die-stiftung-aktiv/projekte/debate-dehate/